

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Günter Gloser, Dietmar Nietan, Klaus Brandner,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/5487 –**

Für einen Neubeginn der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik

A. Problem

In der arabischen Welt demonstrieren mutige Menschen für mehr Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und eine bessere soziale Entwicklung. Diese Bewegungen haben unsere volle Sympathie und verdienen unsere aktive und nachhaltige Unterstützung. Die Umbrüche in unserer Nachbarregion werfen ein Schlaglicht auf den Zustand der deutschen und europäischen Politik gegenüber der Mittelmeerregion und geben Anlass, über eine grundlegende Neugestaltung zu diskutieren.

Die Glaubwürdigkeit der künftigen europäischen Beziehungen zu den arabischen Nachbarn wird sich daran messen lassen müssen, ob sich die deutsche und europäische Mittelmeerpolitik an den selbstgesteckten Werten und Zielen orientiert. Deutschland und die Europäische Union müssen schnell substanzielle und nachhaltige Angebote für die Zusammenarbeit bei demokratischen Reformen und bei der Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme in Nordafrika machen.

Die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Mittelmeerraum könnte sich an dem Ziel orientieren, die Menschen in ihrer derzeit schwierigen Situation wirksam zu unterstützen und ihnen dabei ein attraktives Angebot für die Zusammenarbeit mit Europa und für die demokratische und soziale Gestaltung ihrer Heimatländer zu machen. Die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere auch jene der Frauen, ist dabei eine unverzichtbare Forderung. Die Bundesregierung könnte dabei in der EU darauf hinwirken, dass es zu einem Neustart in der Kooperation mit den Staaten des südlichen Mittelmeers kommt und gemeinsam mit den südlichen Partnern auf gleicher Augenhöhe die Kernelemente einer neuen Nachbarschaftspolitik für den Mittelmeerraum erarbeitet werden.

Ansatzpunkte bilden zum Beispiel die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die regionalen Aktivitäten der politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Die Bundesregierung könnte sich weiterhin für den Aufbau eines regionalen EU-Entwicklungsfonds einsetzen und hinsichtlich der aktuellen Diskussion über die Kernenergie den Fokus der Energiekooperation auf

erneuerbare Energien richten. In der Entwicklungszusammenarbeit bieten die Möglichkeiten von Süd-Süd- und Süd-Nord-Süd-Dreieckskooperationen einen vielversprechenden Ansatzpunkt. Auch könnten Sozialattachés für die sozial- und arbeitsmarktpolitische Beratung in die Region Nordafrika entsendet und die Bildungsmigration durch Zugänge nach Europa und Deutschland erleichtert werden. Wirtschaftspolitisch könnten Handelshemmnisse abgebaut, Freihandelszonen errichtet und die Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei weiter ausgebaut werden. Auch in Asyl- und Flüchtlingsfragen wäre eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen der EU und den Staaten Nordafrikas anzustreben.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5487 abzulehnen.

Berlin, den 29. Juni 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Joachim Hörster
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Günter Gloser, Marina Schuster, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5487** in seiner 105. Sitzung am 14. April 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In der arabischen Welt demonstrieren mutige Menschen für mehr Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und eine bessere soziale Entwicklung. Diese Bewegungen haben unsere volle Sympathie und verdienen unsere aktive und nachhaltige Unterstützung. Die Umbrüche in unserer Nachbarregion werfen ein Schlaglicht auf den Zustand der deutschen und europäischen Politik gegenüber der Mittelmeerregion und geben Anlass, über eine grundlegende Neugestaltung zu diskutieren.

Die Glaubwürdigkeit der künftigen europäischen Beziehungen zu den arabischen Nachbarn wird sich daran messen lassen müssen, ob sich die deutsche und europäische Mittelmeerpolitik an den selbstgesteckten Werten und Zielen orientiert. Deutschland und die Europäische Union müssen schnell substanzielle und nachhaltige Angebote für die Zusammenarbeit bei demokratischen Reformen und bei der Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme in Nordafrika machen.

Die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Mittelmeerraum könnte sich an dem Ziel orientieren, die Menschen in ihrer derzeit schwierigen Situation wirksam zu unterstützen und ihnen dabei ein attraktives Angebot für die Zusammenarbeit mit Europa und für die demokratische und soziale Gestaltung ihrer Heimatländer zu machen. Die Einhaltung der Menschenrechte, insbesondere auch jene der Frauen, ist dabei eine unverzichtbare Forderung. Die Bundesregierung könnte dabei in der EU darauf hinwirken, dass es zu einem Neustart in der Kooperation mit den Staaten des südlichen Mittelmeers kommt und gemeinsam mit den südlichen Partnern auf gleicher Augenhöhe die Kernelemente einer neuen Nachbarschaftspolitik für den Mittelmeerraum erarbeitet werden.

Ansatzpunkte bilden zum Beispiel die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die regionalen Aktivitäten der politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen. Die Bundesregierung könnte sich weiterhin für den Aufbau eines regionalen EU-Entwicklungsfonds einsetzen und hinsichtlich der aktuellen Diskussion über die Kernenergie den Fokus der Energiekooperation auf erneuerbare Energien richten. In der Entwicklungszusammenarbeit bieten die Möglichkeiten von Süd-Süd- und Süd-Nord-Süd-Dreiecks-kooperationen einen vielversprechenden Ansatzpunkt. Auch

könnten Sozialattachés für die sozial- und arbeitsmarktpolitische Beratung in die Region Nordafrika entsendet und die Bildungsmigration durch Zugänge nach Europa und Deutschland erleichtert werden. Wirtschaftspolitisch könnten Handelshemmnisse abgebaut, Freihandelszonen errichtet und die Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Fischerei weiter ausgebaut werden. Auch in Asyl- und Flüchtlingsfragen wäre eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen der EU und den Staaten Nordafrikas anzustreben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 46. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 59. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 69. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 41. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 41. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 43. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5487 in seiner 41. Sitzung am 29. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP

und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 29. Juni 2011

Joachim Hörster
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

